

Ulrich Beck

Reflexive Modernisierung



Geboren 1944 in Stolp/Pommern, aufgewachsen in Hannover, promoviert und habilitiert (1979) in München; Lehrstühle an verschiedenen Universitäten, in den achtziger Jahren in Bamberg, Herausgeber der *Sozialen Welt*. Veröffentlichungen: *Objektivität und Normativität — Die Theorie-Praxis-Debatte in der modernen deutschen und amerikanischen Soziologie* (1972); *Soziologie der Arbeit und der Berufe* (mit Brater/Daheim 1980); *Risikogesellschaft* (1986); *Gegengifte — Die organisierte Unverantwortlichkeit* (1988); *Weder Aufklärung noch Sozialtechnologie?* (mit Bonß 1989); *Das ganz normale Chaos der Liebe* (mit Beck-Gernsheim 1990). Hauptinteresse: vergleichende Forschungen zu der veränderten Konfliktodynamik moderner Gesellschaften. — Adresse: Lehrstuhl für Soziologie II, Universität Bamberg, 8600 Bamberg.

Meine Tätigkeit am Wissenschaftskolleg hatte drei Schwerpunkte, von denen zwei dem Abschluß laufender Arbeiten galten: 1. Die Fertigstellung meines Buches *Politik in der Risikogesellschaft*, insbesondere die *Einleitung* (erschieden als Suhrkamp-Taschenbuch, Frankfurt a. M. 1991); 2. Korrektur und Überarbeitung der englischen Übersetzung meines Buches *Risikogesellschaft* (*The Risk Society — On the Way to Another Modernity*, SAGE London/New York 1991/92); und insbesondere 3. die Arbeit an dem Gedankenkreis „reflexive Modernisierung“ (darüber allein soll hier berichtet werden).

In der Wortwahl haben Soziologen oft keine glückliche Hand; mag sein, daß das auch hier gilt. Im ersten Zugriff läßt sich der Gedanke „reflexiver Modernisierung“ mit der weitreichenden Frage umschreiben, ob das Drehbuch der Industriegesellschaft sich verändert, veränderbar wird? „Akteure“ dieser Veränderung wären dann nicht die Politik, irgendein Proletariat oder Ersatzproletariat wie Bürgerinitiativen usw., sondern eben die Reflexivität durchgesetzter Modernisierung. Dieser Begriff meint also eine spezifische Art gesellschaftlicher Veränderung, die Anleihen bei vertrauten Begriffen — Revolution, sozialer Wandel, Krise — macht, aber deren Merkmale neu kombiniert. Ins Zentrum tritt eine ungewollte Verän-

derung des industriegesellschaftlichen Rahmens, und zwar in der Folge nicht von Krisen, sondern Siegen der Modernisierung. Weniger diagnostisch, eher normativ gewendet, zielt der Begriff auf die Frage nach einer reflexiven Selbstbegrenzung und Selbstkorrektur der industriellen Moderne. Der Titel des Frankfurter Soziologentags 1990 hieß in diesem Sinne „Die Modernisierung moderner Gesellschaften“. Die Kontroverse zwischen einfacher und reflexiver, sich selbst verändernder Modernisierung wird nun auch aufgenommen von Anthony Giddens und Scott Lash (Beck/Giddens/Lash, *Reflexive Modernisierung*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, wahrscheinlich 1992). Das Irritierende und Provozierende dieser Debatte liegt in der Herausarbeitung eines aufbrechenden Gegensatzes von Moderne und Industrialismus (Kapitalismus). Die Moderne transformiert das industriegesellschaftliche Institutionengefüge, und die Reflexivität ist Maßstab und Medium dieser Transformation. Die hochentwickelten Länder leben zwar noch in einer nationalstaatlich organisierten Industriegesellschaft, aber sie leben auch schon nicht mehr in ihr. Nachtraditionales Vertrauen beispielsweise ist blindes Vertrauen, ist ein Blankoscheck auf die Funktionsfähigkeit abstrakter Systeme. Auf diese Weise werden konkrete, alltägliche Handlungen in ein System weltweiter Zusammenhänge eingebunden.

Wer „reflexive Modernisierung“ sagt, bestreitet in diesem Sinne die Legende von der Heimatlosigkeit in der Moderne. Auch die Entwurzelungsmetaphorik erscheint schief, halb wahr, weil sie den Willen zur Moderne verfehlt. Die Menschen werden — mit vielen, oft katastrophalen Zusammenbrüchen — in eine andere Welt katapultiert, aber in sie integriert. Es gibt eben auch ein irreversibles Einverständnis in die Moderne, das oft sogar die Voraussetzung für die Kritik an ihr ist. Wer die Chemie als eine Unternehmung zur legalen Umweltvergiftung anklagen will, muß sich chemischer Formeln bedienen, nicht nur, um seine Argumente vorzubringen, sondern um die Welt als ökologischen Krisenzusammenhang überhaupt wahrnehmen zu können. Hinter der Beschwörung des Heimatverlustes verbirgt sich oft ein Denkfehler. Man versucht, das Einverständnis in die Moderne zu betäuben, um nicht die Maßstäbe der Kritik zu verlieren, die vor allem in der Vergangenheit, im Verlorenen, vermutet werden.

Ein wichtiger Test für die Fähigkeit der Moderne zur Selbstkritik, Selbstkorrektur, Selbstbegrenzung ist die Art, wie in ihr mit Grundfehlern umgegangen wird: Wie lernfähig ist die industrielle Moderne angesichts der Zerstörungspotentiale, die sie universalisiert? „Reflexive Modernisierung“ fragt also auch nach (politischen und subpolitischen) Gestaltungschancen industrieller Modernisierung und könnte in diesem Sinne die Rede vom „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ konkretisieren:

Große Bereiche der Zukunftsindustrien operieren jenseits der Versicherungsgrenze. Der fehlende private Versicherungsschutz ist die Warnblinkanlage für Unkontrollierbarkeit. Man müßte einmal die Techniker, die der Reaktortechnologie, aber auch der Chemie und der Gentechnologie praktisch ein Nullrisiko bescheinigen, an einen Tisch setzen mit den Versicherungsexperten, die sich dieses Riesengeschäft mit dem Nullrisiko offenbar aus guten Gründen entgehen lassen. Die Unterscheidung zwischen Industriegesellschaft und *Risikogesellschaft* (zwischen „zurechenbaren *Risiken*“ und „nicht zurechenbaren *Gefahren*“) hat also ein operationales Kriterium in dem Fehlen des privaten Versicherungsschutzes. Praktisch gewendet heißt das: Allein die Einforderung des scheinbar Selbstverständlichen, dessen, was man jedem PKW-Fahrer strafrechtlich verbindlich vorschreibt, würde die Zukunftsindustrien in größte Verlegenheit bringen: Gleichheit mit dem Auto! Privaten Versicherungsschutz für alle! Alle Industrien, alle medizinischen Experimente, alle Forschungen! Ein Vorschlag, bei dem Selbstkontrolle und Selbstbegrenzung geradezu wunderbar ineinandergreifen: keine Großbürokratien, keine Amtsschimmel. Die Wirtschaft selbst zieht im Wechselspiel der Konkurrenz und mit dem strengen Maßstab der Rentabilität die Grenzen. Wo der Versicherungsschutz fehlt, regiert das Nein, greifen politische Mechanismen: radikale Umkehr der Beweislasten, „gläserne Produktion“, öffentliche Debatten, hohe Legitimationsanforderung.

Eine weitere Schlüsselfrage lautet: Wie läßt sich das Ja zur Freiheit von Technik und Wissenschaft mit einem demokratisch kontrollierten Nein ihrer Anwendung vereinbaren? Die gesellschaftliche Organisation der Technik in der modernen Gesellschaft ist alles andere als modern; sie ist, soziologisch gesehen, geradezu antiquiert, wenn man zum Maßstab der Moderne (was unter Soziologen völlig unstrittig ist) „funktionale Autonomie“ gegenüber anderen Handlungsfeldern der Gesellschaft heranzieht. Ähnlich wie die Wissenschaft jahrhundertlang der Religion unterworfen war, wird die Technik in der Industrieepoche von der Wirtschaft dominiert. Würde jenes elementare Prinzip der Moderne, die funktionale Autonomie, auf die „industriefeudale“ Organisation der Technik angewendet, so ließe sich das — im Gedankenexperiment — in zwei Schritten konkretisieren:

Erstens eine Freisetzung der Technik von den Prinzipien und Zusammenhängen ihrer ökonomischen Verwertbarkeit. Technik als *l'art pour l'art!* Gefordert wäre: ein Kubismus der Ingenieure! Ein technikwissenschaftlicher Kandinsky und Klee! Die Technikwissenschaften müßten ihre konstruktive Phantasie, ihre Logik, ihre Zweifel, Reflexivität und Professionalität entfalten. Mehr technische Optionen eröffnen mehr politische Entscheidungsspielräume — die Technik schafft ihre Sachzwänge ab.

Dies setzt voraus, daß — zweitens — der direkte Zugriff der Wirtschaft gebrochen wird; und dies wiederum ermöglicht neue Entscheidungsstrukturen der Verwendung, neue Filter- und Kontrollinstitutionen der Techniknutzung: Recht, Ethik, demokratische Mitbestimmung, Gewaltenteilung, Lernschleifen, auch: Nein, so wollen wir nicht leben! Die Grundlage dafür ist nicht eine für alle verbindliche Moral — die gibt es nicht. Grundlage dafür wären Verfahrensregeln, die erfunden, erstritten werden müßten (ähnlich wie in der Sozialgesetzgebung). So könnte — vielleicht — das Legitimationsvakuum der Technikentwicklung im Milieu wachsender demokratischer Ansprüche abgebaut werden.

Neben dem genannten Diskussionsband *Reflexive Modernisierung* plane ich, diesen Gedankenkreis in zwei weiteren Büchern auszuarbeiten; diese wurden unter den Arbeitstiteln *Subpolitik — Gesellschaftsveränderung von unten* und *Die Kunst der Technik* in der hochanregenden Atmosphäre des Wissenschaftskollegs begonnen.